

**Wirtschaftsrat der CDU e.V.**  
Landesverband Hessen  
Untermainkai 31  
60329 Frankfurt/Main  
Telefon: 0 69 / 72 73 13  
E-Mail: lv-hessen@wirtschaftsrat.de

## Positionspapier zum Thema Krankenhausreform

**Die Corona-Epidemie zeigt gerade deutlich, dass wir unsere Krankenhäuser stärken müssen. Die stationären Versorgungsstrukturen befinden sich im Umbruch. Grund hierfür sind insbesondere die Erfahrungen aus der Corona-Krise, veränderte rechtliche Rahmenbedingungen, Fortschritte in der Medizin und der demografische und digitale Wandel. Daher gilt es, bestehende Strukturen grundlegend zu überdenken. Es gilt jetzt, die Weichen für eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft zu stellen - für eine hochwertige, flächendeckende, wohnortnahe und gleichzeitig bezahlbare medizinische Versorgung für alle Bürger in unserem Land. Die vorliegenden Handlungsempfehlungen der Landesfachkommission Gesundheitspolitik sollen einen Beitrag zur sachlichen Diskussion leisten sowie die schnelle Umsetzung von Maßnahmen, für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem in Hessen sicherstellen. Dabei sollten folgende Maßnahmen insbesondere gefördert werden:**

### Krankenhaus- & Bedarfsplanung Hand in Hand

Eine leistungsfähige und wohnortnahe Versorgung muss auch in ländlichen und strukturschwachen städtischen Regionen sichergestellt werden. Dies kann mithilfe einer besseren Verteilung der Ärzte durch ein weiterentwickeltes Anreizsystem und durch die Mitversorgung des ländlichen Bereichs aus den Städten heraus erreicht werden. Auch Krankenhäuser und nicht-ärztliche Gesundheitsberufe sollten bei Bedarf stärker in die Verantwortung für die ambulante Versorgung eingebunden werden. Hierzu fordert die Landesfachkommission Gesundheitspolitik:

- die Krankenhausplanung darf nicht an Landesgrenzen enden, sondern muss überregional erfolgen. Gesundheit kennt keine Grenzen – vor allem nicht im Notfall. Insofern ist insbesondere bei der Gestaltung der rettungsdienstlichen Strukturen eine bundesweite Betrachtung notwendig.
- In immer mehr Regionen zeigt sich, dass die ambulante Versorgung nur schwer aufrechtzuerhalten ist. Um für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sorgen, sollten Krankenhäuser und Reha-Kliniken in unterversorgten Regionen für die ambulante Behandlung zugelassen werden. Perspektivisch gilt es eine engere Verzahnung von Bedarfs- und Krankenhausplanung zum Wohle der Patienten anzustreben.
- Außerdem muss es einen einheitlichen, objektiven und evidenzbasierten Kriterien Katalog für die Versorgungsplanung geben, damit Ressourcen sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden können.

### Digitalisierung

Die Gesundheitsversorgung von morgen kommt nicht ohne digitale Anwendungen aus. Noch hinkt Deutschland in diesem Bereich anderen Industrienationen hinterher. Umso wichtiger ist es, aufzuschließen, damit Patienten und Mitarbeiter gleichermaßen von den digitalen Möglichkeiten profitieren können.

Die Digitalisierung kann helfen, die medizinischen Prozesse im Krankenhaus zu unterstützen, Bürokratie abzubauen und die Auswirkungen des Fachkräftemangels abzumildern. Um die

Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausschöpfen zu können, sind zusätzliche Investitionen dringend notwendig. Digitalisierungsprojekte, die einen medizinischen Nutznachweis erbringen und damit die Versorgung des Patienten verbessern und zu einer Effizienz- und Qualitätssteigerung führen, müssen gefördert werden.

Um die digitale Transformation im Gesundheitssektor weiter zu beschleunigen, schlägt die Landesfachkommission vor:

- Die Interoperabilität von Anwendungen im Gesundheitswesen auszubauen
- Es muss sichergestellt werden, dass alle Leistungserbringer kommunizieren und Daten austauschen können, d.h. für Ärzte, Zahnärzte, Apotheken und Krankenhäusern sowie auf mittlere Sicht auch die Erbringer sonstiger medizinischer Dienstleistungen (z.B. Naturheilkunde, Physiotherapie)
- Digitale Geschäftsmodelle brauchen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen, der es erlaubt, Daten anonymisiert bzw. pseudonymisiert zu erheben und zu nutzen. Patienten profitieren dadurch von individualisierten Therapiemöglichkeiten. Datenschutz ist dabei genauso wichtig wie die Verhinderung von Überregulierung.

### **Finanzierungs- und Strukturwandel**

Der Übergang hin zu einem patientenorientierten Honorierungssystem wäre richtungsweisend. Denn die Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems bildet an vielen Stellen bereits heute nicht die notwendigen Strukturen ab und behindert Innovation und Veränderung. Dieses Problem wird sich im Zuge der Digitalisierung und der zunehmenden Integration von Versorgungsprozessen weiter verschärfen. Über die Erprobung neuer Vergütungsmodelle (z.B. Capitation) könnte nachgedacht werden.

Auch die Investitionsfinanzierung muss auf neue Füße gestellt werden, um die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig aufzustellen.

### **Fachkräftemangel**

Angesichts des Fachkräftemangels in fast allen Gesundheitsberufen erscheint es geboten, die Attraktivität der Gesundheitsberufe weiter zu steigern, neue Arbeitskräfte zu gewinnen und bestehende Kräfte zum Berufsverbleib zu bewegen.

Hierzu fordert die Landesfachkommission:

- Die Akademisierung der Pflege- und der Therapieberufe, die mit einer Neuverteilung der Kompetenzen einhergeht. Eine weitere Beschleunigung des Anerkennungsprozesses ausländischer Bildungsabschlüsse, damit internationale Fachkräfte nicht auf andere europäische Länder ausweichen, in denen die Anerkennung der beruflichen Qualifikation schneller verläuft.
- Zu prüfen ist, inwieweit Kooperationen mit Bildungseinrichtungen in Drittstaaten weiter ausgebaut werden können, um beispielsweise angehenden Pflegekräften bereits im Heimatland einen Doppelabschluss zu ermöglichen.

### **Ambulante Versorgung**

Der medizinische Fortschritt macht es möglich, immer mehr Leistungen im ambulanten Umfeld zu erbringen. Die ambulant erbrachten Leistungen in vergleichbaren Nachbarländern sind hierfür Vorbild. Deshalb fordert die Landesfachkommission:

- Sektorübergreifende Behandlungsabläufe ausbauen. Nur durch eine stärkere Verzahnung ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung, also durch eine bessere Durchlässigkeit der einzelnen Behandlungssektoren, sind nachhaltig die Vielfalt in der Versorgung und kurze Wege zum Arzt sicherzustellen. Für die komplexen strukturellen Anforderungen an die moderne Medizin sind Zusammenschlüsse von ambulanten Leistungserbringern über das bisher bekannte Maß notwendig. Regulatorische Hemmnisse

wie z.B. Bedarfsplanung und Organisationsvorgaben müssen beseitigt werden. Entscheidend für die Leistungserbringung ist die notwendige medizinische Qualifikation, nicht der Leistungserbringerstatus.

- Um die Versorgung sicherzustellen, sind regional Medizinischen Versorgungszentren mit verschiedenen Facharztqualifikationen zu etablieren.
- Die Weiterbildung nachwachsender Arztgenerationen muss dem medizinischen Fortschritt entsprechend im ambulanten Umfeld stattfinden. Leistungsstarke ambulante Einrichtungen sind dabei den stationären Einrichtungen gleichzustellen.
- Aufgrund des Arztzeitmangels müssen die Möglichkeiten der Delegation an qualifizierte Mitarbeiter ausgebaut werden. Dafür müssen finanzielle Anreize geschaffen werden, um die Betreiber ambulanter Einrichtungen für den notwendigen Transformationsprozess zu belohnen.
- Das ambulante Vergütungssystem muss so umgebaut werden, dass die Versorgung von dringlich erkrankten Patienten in den Vordergrund rückt. Ziel ist es, die knappe Arztarbeitszeit weitestgehend den chronisch kranken oder akut schwerer erkrankten Patienten zukommen zu lassen.

---

#### **Die Landesfachkommission Gesundheitspolitik fordert:**

Die hessische Gesundheitsversorgung benötigt einen einheitlichen, objektiven und evidenzbasierten **Kriterienkatalog** für die **Versorgungsplanung von Krankenhäusern**, damit eine sinnvolle und nachhaltige Verwendung von Ressourcen länderübergreifend sichergestellt werden kann. Außerdem muss die **digitale Transformation im Gesundheitssektor** weiter beschleunigt werden. Für die komplexen strukturellen Anforderungen an die moderne Medizin sind Zusammenschlüsse von ambulanten Leistungserbringern über das bisher bekannte Maß notwendig. Regulatorische Hemmnisse müssen abgebaut werden.

---

April 2021